



# BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

## → TOP-ISSUES

### STEUERERHÖHUNGSPLÄNE DER SPD →

In ihrem Bericht „Deutschland 2020 – So wollen wir morgen leben“ (im Folgenden „Deutschland 2020“) widmet die SPD ein Kapitel ihren steuer- und finanzpolitischen Plänen für die Zeit nach dem Bundestagswahlkampf. Die Änderungspläne greifen weitgehend die im September 2011 in dem Papier „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung“ (im Folgenden „Nationaler Pakt“) veröffentlichten Grundsätze auf, die beim Parteitag der SPD im Dezember desselben Jahres beschlossen wurden. Im Folgenden sind die Einzelheiten des Berichtes „Deutschland 2020“ dargestellt. Sofern Unterschiede bzw. Ergänzungen zwischen den Papieren „Nationaler Pakt“ sowie „Deutschland 2020“ bestehen, wird darauf hingewiesen.

#### Steuersätze

- Derzeit gilt der Steuersatz von 42% ab einem Einkommen von 52.885 Euro. Die SPD plant, für Einkommen zwischen 52.885 Euro und 64.000 Euro eine Proportionalzone und für Einkommen zwischen 64.000 Euro bis 100.000 Euro eine dritte Progressionszone einzuführen. Für Einkommen ab 100.000 Euro soll ein Spitzensteuersatz von 49% gelten. Die SPD erwartet Mehreinnahmen in Höhe von 6 Mrd. Euro.

#### Vermögensteuer

- Deutschland 2020: Die Wiedereinführung der Vermögensteuer soll Mehreinnahmen von 10 Mrd. Euro jährlich generieren. Der Bericht enthält keine genaue Angabe zur Höhe des Freibetrages, sondern verweist lediglich auf die Einführung eines solchen. Allerdings solle die Vermögensteuer „wirtschaftliche Betätigungen“ sowie „Investitionen“ nicht behindern.
- Nationaler Pakt: Der Freibetrag auf private Vermögen soll 1 Mio. Euro betragen, der auf betriebliche 5 Mio. Euro. Zudem soll die Abgabenlast für Unternehmen auf 30% des Gewinns beschränkt werden.

#### Abgeltungsteuer

- Deutschland 2020: Die Abgeltungsteuer soll von 25% auf 32% erhöht werden.
- Nationaler Pakt: Die Abgeltungsteuer soll auf 30% erhöht werden. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 3**.

## EDITORIAL

Liebe Leser,

die Diskussion um Steuererhöhungen hat in der vergangenen Woche an Dynamik gewonnen. So kündigte Frank-Walter Steinmeier im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Berichtes „Deutschland 2020 – So wollen wir morgen leben“ für den Fall eines Regierungswechsels Steuererhöhungen an, die zu Mehreinnahmen von 20 Mrd. Euro jährlich führen sollen. Acht Arbeitsgruppen hatten im vergangenen Jahr Vorschläge erarbeitet. Unter dem Motto „Gerechte Steuern und Finanzen“ werden die im Dezember 2011 auf einem SPD-Parteitag beschlossenen Maßnahmen bekräftigt. Diese reichen von der Erhöhung des Spitzensteuer- und Abgeltungssteuersatzes, über die Vermögensteuer bis hin zu einer „Reform der Erbschaftsteuer“, die wohl eine zumindest teilweise Aufhebung der seit 2010 geltenden Erbschaftsteuergrundsätze zur Verschonung von Betriebsvermögen meint. Unterdessen wurde bekannt, dass Bemühungen der SPD-geführten Länder zur Einführung eines gemeinsamen Konzeptes einer Vermögensteuer vorerst gescheitert seien. So habe es Differenzen bei der Detailausgestaltung gegeben. Diese sollen die Höhe der Freigrenze sowie die Frage, ob betriebliches Vermögen verschont werden solle, betreffen. Die fehlende Einigkeit nimmt der finanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Volker Wissing, zum Anlass, auf die „unausgegorenen“ Vorstellungen der SPD über die Einführung einer Vermögensteuer hinzuweisen.



Dr. Tanja Wiebe LL.M.

Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf **SEITE 3**.



## → TOP-ISSUES (Fortsetzung)

### KABINETT BESCHLIESST

#### UNTERNEHMENSTEUERVEREINFACHUNGSGESETZ →

Am vergangenen Mittwoch, den 19. September 2012, hat das Kabinett die Formulierungshilfe des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) zum „Gesetz zu Vereinfachungen bei Organschaften und zur Neuordnung des steuerlichen Reisekostenrechts“ (im Folgenden „Unternehmensteuervereinfachungsgesetz“) beschlossen (BID 2012.38 vom 17.09.2012). Das Kabinett hat die Vorschläge der Formulierungshilfe des BMF weitgehend übernommen. Eine Ergänzung betrifft das Reisekostenrecht. Bisher enthielt die Formulierungshilfe nur eine Regelung für eintägige auswärtige Tätigkeiten ohne Übernachtung ab einer Abwesenheit von mehr als acht Stunden von der Wohnung oder ersten Tätigkeitsstätte, für die eine Pauschale von 12 Euro berücksichtigt werden kann. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 3**.

### ANHÖRUNG ZUM JAHRESSTEUERGESETZ 2013

#### – STELLUNGNAHME DER WIRTSCHAFT →

Nächste Woche – am 26. September 2012 – findet die Anhörung des Bundestags-Finanzausschusses zum Jahressteuergesetz 2013 (JStG 2013) statt. Im Hinblick auf diese Anhörung haben die acht großen Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft diese Woche ihre Stellungnahme abgegeben. Darin begrüßen sie, dass mit dem JStG 2013 die Aufbewahrungsfristen verkürzt werden sollen, um „Wirtschaft, Bürger und Verwaltung von überflüssiger Bürokratie zu entlasten“. Die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sei eine dringend notwendige Maßnahme, da die Einhaltung der gegenwärtig geltenden Aufbewahrungsfristen für die Unternehmen eine hohe Belastung darstelle. So seien bspw. alte EDV-Systeme und Software über unverhältnismäßig lange Zeit allein zu diesem Zweck bereitzuhalten. Den berechtigten Kontrollbedürfnissen der Finanzbehörden werde durch die bestehende Möglichkeit zur zeitnahen und digitalen Betriebsprüfung ausreichend Rechnung getragen. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 3**.

#### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren, über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis. [www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)

## CONTENT

### → TOP-ISSUES SEITE 1

Steuererhöhungspläne der SPD

Kabinett beschließt Unternehmensteuervereinfachungsgesetz

Anhörung zum Jahressteuergesetz 2013 – Stellungnahme der Wirtschaft

### → OUTGOING (17.09.–24.09.12) SEITE 5

Formulierungshilfe zur Vereinfachung des Reisekosten- und des Unternehmenssteuerrechts

Antwort der Bundesregierung: Ankauf von Steuerdaten aus der Schweiz

Kleine Anfrage zur erbschaftsteuerlichen Begünstigung von unternehmerischen Vermögen

### → STATUS (24.09.12) SEITE 7

Gesetz zu Vereinfachungen bei Organschaften und zur Neuordnung des steuerlichen Reisekostenrechts

Gesetz zur Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen

Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes

Gesetz zu dem Abkommen zwischen der BRD und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

Jahressteuergesetz 2013

Gesetz zur Änderung des Versicherungsteuergesetzes und des Kraftfahrzeugsteuergesetzes

Haushaltsbegleitgesetz 2013

Gesetz zu dem Abkommen zwischen der BRD und dem Fürstentum Liechtenstein zur Vermeidung der Doppelbesteuerung u. a.

### → UPCOMING (24.09.-01.10.12) SEITE 13

BUNDESTAG: Sitzung des Finanzausschusses – Öffentliche Anhörung zum Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2013 u. a.

BUNDES RAT: Sitzung des Finanzausschusses zum Gesetz zur Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen u. a.

STAKEHOLDER: Berliner Steuergespräche zum Steuerfindungsrecht u. a.



## → BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BERLINERINFORMATIONSDIENST.DE

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich für über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern.

Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet. Jedes Abrechnungsquartal umfasst aufgrund der Parlamentspausen im April, Juli, August und Dezember in der Regel 10 Ausgaben. Das Quartal in dem das Abonnement beginnt, wird anteilig berechnet. Das Abonnement kann jederzeit mit Monatsfrist zum Quartalsende gekündigt werden.

Bei individuellen Wünschen bspw. hinsichtlich der Erstellung in einer anderen Sprache, für ein anderes Politikfeld, mit individuellem Fokus, als Printausgabe, etc. erstellen wir Ihnen gerne ein individuelles Angebot.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR ENERGIEPOLITIK
- BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR GESUNDHEITSPOLITIK
- BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR NETZPOLITIK
- BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

---

Unternehmen/Institution

---

Ansprechpartner

---

Funktion

---

Telefonnummer

---

Email-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

## PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Im Rahmen eines wöchentlichen Updates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere. Weitere Informationen finden Sie unter:

[www.berlinerinformationsdienst.de](http://www.berlinerinformationsdienst.de)

## REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser, [sbj@polisphere.eu](mailto:sbj@polisphere.eu), 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:  
Lillemor Ullrich, [lu@polisphere.eu](mailto:lu@polisphere.eu), -26

für Gesundheitspolitik:  
Roberta Wendt, [rw@polisphere.eu](mailto:rw@polisphere.eu), -27

für Netzpolitik:  
Falk Lüke, [fl@polisphere.eu](mailto:fl@polisphere.eu), -20

für Steuerpolitik:  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@polisphere.eu](mailto:tw@polisphere.eu), -20

## IMPRINT

Herausgeber: **polisphere e.V.**  
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin  
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)  
[berlin@polisphere.eu](mailto:berlin@polisphere.eu)  
[www.polisphere.eu](http://www.polisphere.eu)